kommunistische hochschulzeitung

März 74 Herausgegeben von der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation / Wien (MLS) SONDERNUMMER

Solidarität mit den ausländischen Kollegen

Inhalt:

Am 14. 3. versammelten sich die ausländischen Kollegen des Vorstudienlehrganges im Bildungsheim Ottakring und traten in den Streik für ihre gerechten Forderungen:

Weg mit dem Österreichischen Auslandsstudentendienst (ÖAD)!
Weg mit dem Vorstudienlehrgang!
Weg mit den Vertrauensdozenten!
Für freie politische Betätigung!

Das war die konsequente Antwort auf die permanente Unterdrückung und Gängelung.

Schon immer hatten die fortschrittlichen österreichischen Studenten festgestellt: die Forderungen der ausländischen Kollegen sind die unseren. Diese Forderungen sind gerecht und wenden sich direkt gegen die österreichische Bourgoisie, die mit Hilfe des ÖAD, des Vorstudienlehrganges und der Vertrauensdozenten die ausländischen Kollegen zu Handlangern ihrer imperialistischen Interessen machen wollen. "...die heutigen Überseestudenten sind die morgigen Kunden unserer Exportwirtschaft und die in Österreich angeknüpften Beziehungen können für unser Land zur denkbar besten Exportwerbung werden" gesteht die Zeitschrift "Industrie" ganz offen.
Noch am Freitag demonstrierten daher an die 300 Studenten für die Forderungen der ausländischen Kollegen.

Fortsetzung Seite 2



Ca. 800 demonstrierten am Mi 20.3. für die Rechte der ausländischen Kollegen

TEUERUNG, UNZUREICHENDE STIPENDIEN.....

Entfalten wir den Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen!

Die Studenten sind nicht mehr gewillt, die ständige Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen einfach hinzunehmen. In Lehrveranstaltungen und in einer Reihe von Hörerversammlungen auf Instituts- und Fakultätsebene diskutieren sie die Gründe dieser ständigen Verschlechterungen und wie man sie am besten bekämpfen kann. Die allgemeine massive Verteuerung von Konsumgütern, sowie die Erhöhung der staatlichen Tarife stellen die Kollegen, deren Väter nicht Kapitalisten oder hochbezahlte Agenten der Bourgeoisie sind, vor äusserst schwierige Probleme. Zu der zunehmenden Verschärfung und Reglementierung des Studiums, zur Erhöhung der Stundenzahlen, tritt für viele die Notwendigkeit, arbeiten zu gehen, um sich überhaupt noch erhalten zu können.

Der unverschämte Preiswucher durch Kapital und Staat geht flott voran: höhere Preise für Semmeln, Teigwaren, Reis, Öl, Strom und Benzin, neue Anträge für Getreide- und Milchpreise liegen vor. Spekulation und Mietwucher machen es in Wien heute fast schon unmöglich, ein einigermaßen annehmbares Zimmer unter 800-900 S zu bekommen. Angesichts dieser Lage ist unsere Forderung nach Anhebung des Höchststipendiums auf mindesten 3000,-- öS und die Erhöhung der Bemessungsgrundlage auf das durchschnittliche Einkommen einer Arbeiterfamilie (ca. 8800,-- öS) mehr als gerecht.

Wie überall gilt auch hier: freiwillig gibt der bürgerliche Staat nichts her. Wir müssen ihn dazu zwingen. Wir müssen den Kampf aufnehmen zur Durchsetzung unserer gerechten Forderungen. Die Einheit dieses Kampfes wird jedoch ständig von den reaktionären und bürgerlichen Studentenorganisationen sabotiert.

Sofortige Rücknahme der Mensapreiserhöhung!

Die Reaktionäre von RFS und ÖSU spalten die Studenten, indem sie auf Teilfragen ablenken und in ständischbornierter Weise Forderungen aufstellen, die die Studenten von den übrigen Teilen des Volkes abtrennen sollen. Eine solche re-

Fortsetzung Seite 5

Am Montag erklärten sich über 600 Studenten aus der Hörerversammlung der philosophischen Fakultät mit den Ausländern solidarisch. Am Dienstag demonstrierten noch einmal 3-400 Studenten im Hof der Alten UNI ihre Entschlossenheit, die streikenden Kollegen unter allen Umständen zu unterstützen. Sie zwangen den Rektor sich einer Diskussion zu stellen und seine Ansichten zu der ganzen Sache zu äußern. Dabei stellte sich die reaktionäre Gesinnung Korningers klar heraus.
Den ÖAD bezeichnete er als "Serviceleistung" für die ausländischen Kollegen und ließ ziemlich offen durchblicken, daß er nicht für dessen Abschaffung sei und überhaupt sei das Angelegenheit der Rektorenkonferenz. Den ÖAD als "Serviceleistung" zu bezeichnen stellte eine ungeheure Provokation dar, angesichts der offenen Unterdrückungssituation, der die Kollegen ausgesetzt sind. Korninger meinte natürlich eine Serviceleistung für die Bourgoisie. In guter alter Manier der Ausbeuter und ihrer Ideologen drehte er jedoch die Sache um und schon war der ÖAD und alles das, was dran hängt, Serviceleistung für die ausländischen Kollegen. Mit solchen Manövern konnte er natürlich keine Furore machen.

Eine breite Solidaritätsbewegung entfaltete sich auf der ganzen UNI. So beschlossen beispielsweise die Hörer einer Statistikvorlesung die Lehrveranstaltung abzubrechen und sich zur Kundgebung zu begeben. An die 60 Kollegen gingen in den Hof der Alten UNI und schlossen sich den dort Versammelten an.
Auf den einzelnen Instituten verabschiedeten Hörerversammlungen Unterstützungsresolutionen. Das alles dokumentiert die Breite der Bewegung.
Am Mittwoch schließlich zogen an die 800 Studenten zum Wissenschaftsministerium, um einer Delegation, die dort verhandelte, den entsprechenden Rückhalt zu geben.

Ein erster Erfolg

Die Konsequenz des Streiks und die Stärke der Solidaritätsbewegung war nicht mehr zu übergehen. Das Ministerium sah sich daher gegenüber der Delegation der ausländischen Kollegen zu einer Zusage genötigt: der ÖAD soll seinen Einfluß auf das System der Vertrauensdozenten und auf den Vorstudienlehrgang verlieren, den der ÖAD bisher als Handlanger der Industriellenvereinigung, des Ministeriums, der Uni-Bürokratie und der ausländischen Botschaften organisiert hatte. Das ist ein erster Erfolg.

Während das Ministerium jedoch zu verstehen gab, daß es am ÖAD usw. nicht unbedingt festzuhalten gedenke, bestritt es gleichzeitig jede Kompetenz und berief sich auf "Gesetzeslagen". Über den ÖAD habe die Rektorenkonferenz zu entscheiden, ebenso über die Vorstudienlehrgänge, das alles liege in der Kompetenz der Hochschule, so seien eben die Gesetze.
Für die Vertrauensdozenten wiederum sei das Innenministerium zuständig. Ein klarer Beweis dafür, daß die Funktion der Vertrauensdozenten einzig und allein darin besteht, die ausländischen Kollegen im Dienste der Fremdenpolizei zu kontrollieren und zu bespitzeln. Aber auch das Innenministerium könne die Vertrauensdozenten nicht abschaffen, weil die gesetzliche Lage so sei, daß Ausländer sich in Österreich nur aufhalten dürften, wenn sie entweder fleißig studierten oder arbeiteten. Und ob das der Fall sei, müsse schließlich überprüft werden.
Diese Kulissenschieberei ist leicht zu durchschauen. Mit dem Ausspielen einer Kompetenz gegen die andere, versucht das Ministerium sich vor festen Zusagen zu drücken und alles im Sand verlaufen zu lassen. Es beschränkte sich auf nebulose Versprechungen, sich für das oder jenes einsetzen zu wollen, gleichzeitig müsse man aber bedenken, daß . . . usw. usf.
Die Berufung auf Gesetzeslagen und sonstiges Zeug wird der Bourgoisie aber nichts nützen. Sie verstärken damit nur selbst die Einsicht, daß alle Gesetze zur politischen Gängelung und Unterdrückung der Ausländer weg müssen, daß das die Voraussetzung für wirkliche politische und rechtliche Gleichstellung aller Ausländer in Österreich ist.
FÜR VÖLLIGE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG ALLER AUSLÄNDER, DIE IN ÖSTERREICH ARBEITEN ODER AUSGEBILDET WERDEN MIT DEN INLÄNDERN

-diese demokratische Forderung muß die Linie für die Erstellung der einzelnen Teilziele im Kampf gegen die Unterdrückung der Ausländer sein. Diese Forderung zielt hin auf die Vereinheitlichung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten - ob Inländer oder Ausländer. Sie richtet sich gegen die Versuche der Bourgoisie und ihres Staates, die verschiedenen Teile des Volkes aufzuspalten, In- und Ausländer gegeneinander auszuspielen.
Die nebulosen Zusagen und leeren Versprechungen zeigen zwar einerseits, daß die Bourgoisie sich in dieser Frage

→

RESOLUTION ZUR UNTERSTÜTZUNG DER AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Die Hörerversammlung der Philosophie solidarisiert sich mit den über 200 ausländischen Kollegen des VSL, die sich seit 5 Tagen im Streik befinden und unterstützt voll und ganz deren Forderungen:
-Freie politische Betätigung für alle ausländischen Studenten
-Ersatzlose Streichung des ÖAD und Beseitigung jeglicher Imperialistischer Kontrolle über die ausländischen Studenten
-Abschaffung des VSL. Deutsch- und Ergänzungskurse im Rahmen des normalen Hochschulbetriebs.
Die sogenannte "besondere Betreuung" der ausländischen Kollegen ist nichts anderes als eine Form ihrer politischen Bespitzelung und Gängelung im Interesse des österreichischen Kapitals. Durch rassistische Schikanierung und reaktionäre, imperialistische Indoktrinierung im VSL sollen sie für ihre, ihnen zugedachte künftige Funktion als "wirtschaftliche Botschafter Österreichs" - d. h. als Kompradoren und Agenten des Imperialismus ihrer Heimat - präpariert werden, bevor sie die Uni besuchen können. Hier setzen der ÖAD und das System der Vertrauensdozenten in enger Zusammenarbeit mit der österreichischen Fremdenpolizei und den jeweiligen reaktionären Botschaften die Kontrolle und Überwachung der ausländischen Kollegen fort.
Mit diesem System der imperialistischen Kontrolle und Bespitzelung muß endgültig Schluß gemacht werden!
Wir lehnen jede Scheinlösung durch eine Änderung der Form bei Beibehaltung der wesentlichen Inhalte - etwa durch die Übernahme der Kontrollfunktion durch das Ministerium - ab und fordern die völlige politische und rechtliche Gleichstellung der ausländischen Kollegen mit den Inländern.
Resolutionen bleiben solange auf dem Papier, als nicht entsprechender Druck dahinter steht. Um diesen Druck zu verstärken, ist es heute notwendig, die ausländischen Kollegen mit Kampfmaßnahmen zu unterstützen. Bis jetzt hat es keinerlei befriedigende Reaktionen seitens des Ministeriums auf die Forderung nach sofortiger, ersatzloser Abschaffung der Spitzel- und Kontrollorganisation - des ÖAD - gegeben. Solidarisch mit dem Kampf unserer ausländischen Kollegen werden wir selbst die ersten Schritte dazu setzen.
Die Hörerversammlung der philosophischen Fakultät ruft alle Kollegen zu einer mächtigen Kundgebung für morgen, Dienstag, 11 Uhr, im Hof der alten Uni auf, um unserer Entschlossenheit, der Tätigkeit des ÖAD ein Ende zu bereiten, Nachdruck zu verleihen! Wir fordern die ÖH, deren Passivität in dieser Frage aufs schärfste zu kritisieren ist, auf, sich aktiv an dieser Aktion zu beteiligen.

Desgleichen unterstützen wir die Durchführung einer Demonstration am kommenden Mittwoch. Auch in dieser Frage verlangen wir eine aktive Beteiligung der ÖH.

WEG MIT DEM VORSTUDIENLEHRGANG!

ERSATZLOSE ABSCHAFFUNG DES ÖAD, SCHLUSS MIT DER IMPERIALISTISCHEN KONTROLLE ÜBER DIE AUSLÄNDISCHEN STUDENTEN!

WEG MIT DEM SYSTEM DER VERTRAUENSDOZENTEN!

FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG DER AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN!

SOLIDARITÄT MIT DEN STREIKENDEN KOLLEGEN!

FÜR DIE VOLLE GLEICHBERECHTIGUNG ALLER AUSLÄNDISCHEN ARBEITER UND STUDENTEN MIT DEN INLÄNDERN!

auf dem Rückzug befindet, um den vollen Erfolg muß aber noch gekämpft werden. Nur mit weiterem Druck wird es gelingen, die gerechten Forderungen der ausländischen Kollegen durchzusetzen. Diese selbst haben am Donnerstag beschlossen, den Streik fortzusetzen. Wir dürfen in der Solidarität nicht nachlassen!

Gelingt es uns, die Forderungen durchzusetzen, so haben wir einen großen Erfolg errungen und der Bourgoisie einen schweren Schlag versetzt.

UNBEDINGTE SOLIDARITÄT MIT DEM STREIK DER AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN!

WEG MIT DEM ÖAD !

WEG MIT DEM VORSTUDIENLEHRGANG !

SCHLUSS MIT DER KONTROLLE UND BESPITZELUNG DER AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN !

FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG FÜR ALLE AUSLÄNDER UND IHRE ORGANISATIONEN !

WEG MIT DEN REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZEN !

FÜR VOLLE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG ALLER IN ÖSTERREICH ARBEITENDEN UND STUDIERENDEN AUSLÄNDER MIT DEN INLÄNDERN !

HÖRERVERSAMMLUNG DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT:

Ein Erfolg der fortschrittlichen Studenten

Die Bewegung der aktiven und fortschrittlichen Studenten gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und gegen die politische Entrechtung der ausländischen Kollegen hat in den letzten Tagen in Wien einen großen Aufschwung genommen. In Hörerversammlungen und Lehrveranstaltungen äußerten die Studenten ihren Protest gegen die abwieglerische und reaktionäre Politik von ÖSU und RFS. Kaum beginnen sich aber die Studenten zu organisieren, kommen die Bonzen der ÖH ins Zittern, und distanzieren sich die Reformisten von den berechtigten Forderungen und richtigen Kampfmassnahmen der Studenten.



Am Montag, den 18.3. haben über 600 auf der Hörerversammlung der Phil. Fak. im Hörsaal I versammmelten Studenten neuerlich gesehen, was sie von den reaktionären Studentenorganisationen und deren Vertretern in der ÖH zu halten haben.

Eine freie Diskussion und demokratisch gefasste Beschlüsse der Studenten zu verhindern, das war von Anfang an das Ziel von Erchard Prantz, dem Vorsitzendem der Fakultätsvertretung Philosophie, und der beiden Fraktionen ÖSU und RFS. Prantz gab in seiner Eigenschaft als Vorsitzender (!) Flugblätter heraus, die weniger dem Zweck einer ANkündigung der Hörerversammlung, als den der offenen Diffamierung der fortschrittlichen Studenten hatte.

Statt die Kollegen sachlich über die Tagesordnung der HV zu informieren, enthielten diese"Ankündigungen" einen Wust von bürgerlichen Vorurteilen. In einem dieser Flugblätter schreckte Prantz nicht einmal vor unverhohlener rassistischer Propaganda zurück. Es enthielt eine Karikatur, in der der gerechte Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes auf das gemeinste verunglimpft wird.

Da man schon auf Grund der "Ankündigungen" von Prantz annehmen konnte, daß er keineswegs unvoreingenommen die Diskussion leiten würde, stellte ihn zu Beginn der HV ein Vertreter der MLS zur Rede. Er verlangte von ihm, die Diffamierungen zurückzunehmen und sich vor den Studenten für das offenkundige Überschreiten seiner Befugnisse zu entschuldigen.

Prantz lehnte das ab, und wiederholte neuerlich seine Beleidigungen. Daraufhin beschloß die überwältigende Mehrheit der HV, ihn als Diskussionsleiter abzuwählen und durch einen Kollegen aus ihren Reihen zu ersetzen. Diese durchaus demokratische Maßnahme jagte Prantz und den übrigen ÖSU und RFS-Mandataren Angst ein. Sie verließen daraufhin die von ihnen selbst einberufene Hörerversammlung und zeigten damit, daß sie an dieser Versammlung nicht das geringste Interesse mehr hatten, weil sie nicht dominieren konnten. Am nächsten Tag verbreitete ein offizielles ÖH-Flugblatt die Lüge, die "Chaotische MLS" habe die HV "gesprengt" und "Terror" ausgeübt. "Terror" - das ist für die ÖH-Bonzen der Beschluß von über 600 Studenten, ihre Probleme frei und offen zu diskutieren. "Demokratie" - das ist für die ÖH-Bonzen ihre Flucht vor den versammelten und für ihre Rechte eintretenden Studenten. Zur Abwahl von Prantz und zum Exodus der ÖH-Bonzen beschloss die Hörerversammlung einstimmig (bei Stimmenthaltungen) folgende Resolution:

"Die über 600, am 18.3. seit 18 Uhr 30 im HS I NIG versammelten Studenten haben den Kollegen Prantz als Vorsitzdenden der Hörerversammlung wegen Voreingenommenheit und Diskriminierung und Verhöhnung des Kambodschanischen Volkes mit überwiegender Mehrheit abgewählt und Kollegen Glaser den Vorsitz übertragen. Koll. Prantz hat daraufhin mit einer verschwindenden Minderheit (ca. 30 Personen) den HS verlassen und die Versammlung für geschlossen erklärt. Damit zeigte er neuerlich, daß er nicht gewillt ist, die Interessen der Studenten zu vertreten. Die Versammlung unter Diskussionsleitung von Koll. Glaser ist die rechtmäßige, demokratische Hörerversammlung der Studenten der Philosophischen Fakultät. Ihre Beschlüsse drücken den demokratischen Willen der Studenten der Phil. Fak. aus. Kein ÖH-Mandatar kann sich über die in dieser Versammlung gefaßten Beschlüsse hinwegsetzen, ohne die demokratischen Rechte der Studenten der Phil. Fak. gröblich zu verletzen."



"Gegen-Hörerversammlung" der ÖH-Bonzen im ÖH-Gang: ganze 25 Leute

Die demokratische und völlig rechtmäßige Abwicklung der Diskussion auf der Hörerversammmlung haben jedoch nicht nur die offenen Bourgeoisiegenten, sondern auch die versteckten Reaktionäre von KSV und VSStÖ zum Anlaß genommen um gegen die fortschrittlichen Studenten zu hetzen. Ein Vertreter des VSStÖ verstieg sich sogar zur Gleichsetzung der Wahl eines Diskussionsleiters durch die versammelten Studenten mit dem Terror der Faschisten.

Etwas versteckter und schlauer gingen die "K"SVler ans Werk. Ihrer Meinung nach war das Vorgehen der überwältigenden Mehrheit der KOllegen "taktisch unklug". Was für den "K"SVler "taktisch klug" ist, ist es aber ganz gewiß nicht für die fortschrittlichen Studenten. Unsere Taktik ist nämlich nicht die der Verhandlung mit den Reaktionären im stillen Kämmerlein, getrennt von den Massen, sondern die der Mobilisierung aller Studenten auf der Linie: "Kämpfen wir für unsere Rechte, indem wir sie wahrnehemen"! EIS

solches Eintreten der Studenten für ihre Interessen beunruhigte natürlich die Reformisten des KSVSStÖ wie alle bürgerlichen Politiker außerordentlich. Um nur ja nicht von den Reaktionären als "unter dem Diktat der MLS stehend" betrachtet werden zu können, was künftige Packeleien erschweren könnte, verteilten die "Konsequenten Studentenvertreter" am nächsten Tag auch gleich ein Flugblatt, indem sie nicht etwa die reaktionären Manöver der Prantz-Clique entlarvten, sondern vielmehr eifrig über die an der Hörerversammlung teilnehmenden Studenten herzogen und sich entschieden von ihnen distanzierten.

Die MLS ist zwar sicher die stärkste und am besten organisierte fortschrittliche Studentenorganisation, sechshundert Mitglieder und Kandidaten haben wir aber leider noch lange nicht. Der KSV kann nicht bestreiten daß Prantz mit überwiegender Mehrheit als Diskussionsleiter abgewählt wurde. Wenn er also behauptet, das sei allein eine MLS (bzw. MLS-und GRM-) Aktion gewesen, dann ist er entweder blind oder erspricht den Kollegen die Fähigkeit ab, selbständig über richtig und falsch zu urteilen. Was die KOllegen von der Abwiegelei und Arschkriechertaktik des "K"SV halten, haben sie bereits auf der Hörerversammlung gezeigt. Sein ANtrag zur Stipendienfrage bekam keine einzige Stimme. Um zu zeigen, wie"ernst" es ihnen mit ihrer Politik ist, hatten diese Herrn nämlich nicht einmal die Abstimmung ihrer eigenen Resolution abgewartet und sich voreilig aus dem Staub gemacht. Ein solches Vorgehen, wie auch das mit Schmähungen ("Chaoten Teach-in") und Lügen vollgestopfte "K"SV-Flugblatt ist sicher nicht dazu angetan, sein Ansehen unter den Massen zu heben.

Die fortschrittlichen Studenten lassen sich von den mit allen Wassern der Kunst der Tatsachenverdrehung gewaschenen ÖH-Bonzen und ihren reformistischen Lakaien nicht betrügen.

Wir haben ein Recht darauf, die Mandatare durch demokratisch gefasste Beschlüsse zu zwingen sich unserem Willen zu beugen. Wir erkämpfen uns dieses Recht indem wir es wahrnehmen. Mehr als 6oo Studenten haben in freier Diskussion die Fragen des Kampfes für völlige rechtliche und politische Gleichstellung der ausländischen Kollegen sowie für ausreichende Stipendien erörtert,Beschlüsse gefasst. Über 6oo Studenten haben dazu aufgerufen, an der Solidaritätsdemonstration mit dem Kampf des kambodschanischen und chilenischen Volkes gegen Imperialismus und Reaktion teilzunehmen. So unangenehm das den ÖSU- und RFS-Reaktionären auch sein mag, das waren Beschlüsse der HV der Phil. Fak. ! Die Studenten werden die Mandatare der verschiedenen Fraktionen daran zu messen haben, wie sie sich zu diesen Beschlüssen stellen.

Staberl

Gut progressiv Sprach nix gut

Die Polizei durfte nicht einschreiten, weil es der Rektor der Wiener Universität so bestimmt hatte. Die ausländischen Studenten und ihre linksradikalen österreichischen Kumpane hatten daher leichtes Spiel, in das Büro des sogenannten Österreichischen Auslandsstudiendienstes einzudringen, die Sekretärinnen hinauszuwerfen, Akten zu entwenden und dann, zur harmonischen Abrundung der zweifellos progressiven Aktion, auch noch die Wände zu beschmieren.

Die Vorgeschichte dieses beispiellosen Aktes von Rowdytum auf akademischem Boden ist wahrhaft erstaunlich. Es streiken nämlich schon seit geraumer Zeit viele ausländische Studenten, um solchermaßen gegen die Verpflichtung zu protestieren, in einem eigenen Lehrgang die deutsche Sprache zu erlernen.

Das heißt: es kommen ausländische Studenten – wohl nicht alle, aber doch viele – nach Wien, wollen hier in der Hauptstadt eines erwiesenermaßen deutschsprechenden Landes studieren, weigern sich aber, die Landessprache zu erlernen!

Unfaßbar! Man hätte doch meinen können, daß einer, der nicht Deutsch kann, gar nicht auf die Idee kommt, in Wien zu studieren. Wie nämlich sollen überhaupt Kenntnisse vermittelt werden, wenn man die Sprache nicht versteht, in der die Vorlesungen gehalten werden? Wie lernt man, wie hilft man sich angesichts der Tatsache weiter, daß doch die Studienunterlagen zum überwiegenden Teil in deutscher Sprache vorliegen?

Noch unfaßbarer: viele ausländische Studenten sind auf Grund ihrer mangelhaften Kenntnisse der Landessprache nicht einmal in der Lage, die Formalitäten für die Inskription einigermaßen korrekt abzuwickeln. Wer das nicht glaubt, der liest kopfschüttelnd in einer Tageszeitung die folgende Textstelle:

„In dieser Situation ist nun die Österreichische Hochschülerschaft helfend eingesprungen. Dolmetschstudenten sollen in den nächsten Tagen ihren zum Großteil sprachunkundigen ausländischen Kollegen bei der Bewältigung der Inskription behilflich sein."

Eine Kabarettszene? Nein – österreichische Wirklichkeit: wir lassen sogenannte „Studenten" an unseren Universitäten zu, die nicht einmal genug Deutsch können, um Fragebogen auszufüllen!

Aber es kommt noch schöner: weil also jene „Studenten" gegen die Verpflichtung streiken, den sogenannten Vorstudienlehrgang zu besuchen, um dort wenigstens die Grundbegriffe der deutschen Sprache eingepaukt zu bekommen, haben wir halt etwas anderes offeriert. Die Österreichische Hochschülerschaft hat einen eigenen Lehrsaal gemietet, in dem Professoren aus Wiener Mittelschulen den der Landessprache unkundigen ausländischen „Studenten" ein bißchen Deutsch beibringen sollen.

Dazu hat das Wissenschaftsministerium, das an „progressiver" Einstellung offenbar mit der Hochschülerschaft wetteifern will, seine ausdrückliche Bereitschaft erklärt, eine Delegation der Auslandsstudenten zu empfangen, um sich deren konkrete Wünsche anzuhören. Ob dabei das Ministerium auch die nötigen Dolmetscher beistellen will, ist allerdings noch nicht bekannt.

Man kann das alles auch dann nicht so recht glauben, wenn man auf dem wohl selbstverständlichen Standpunkt steht, daß natürlich jede Universität eines freien Landes auch Hörern aus dem Ausland zur Verfügung stehen muß. Schließlich wollen wir ja, daß auch österreichische Studenten an ausländischen Universitäten studieren dürfen. Doch wird man Österreichern, die in einem ausländischen Staat studieren wollen, ohne die dortige Landessprache zu beherrschen, entweder zu Narren oder zu Subjekten mit offenbar dunklen Zielen erklären müssen.

Wie die Dinge wohl wirklich liegen, haben wir jetzt an Hand der Feststellung, daß ausländische „Studenten" ausgerechnet unter Assistenz linksradikaler Österreicher das Büro des Auslandsstudiendienstes devastiert haben, zur Genüge bewiesen bekommen.

Klar, daß da der Rektor die Polizei nicht einschreiten ließ; man würde ihn ja ansonsten mangelnder Progressivität geziehen haben.

SCHAMLOSE HETZE DER BÜRGERLICHEN PRESSE



Weil der Kampf der ausländischen Kollegen nicht abzuwürgen ist und auch die Solidaritätsbewegung äußerst breit ist, haben sich die reaktionären Zeitungen sogleich mit einer Hetze eingeschalten! Begonnen hat es mit der "Presse", die unter dem bezeichnenden Titel "Studienziel: Terror in den Schulen?" (Presse, 16/17.3.) den gerechten Kampf der ausländischen Kollegen "als Staffage ... für ein Häuflein linksradikaler Wiener Studenten " hinstellte. Den Vogel schoß aber wieder einmal der Herr Staberl von der "Kronenzeitung" ab. Wir drucken diesen Artikel, weil sich gerade hier mit besonderer Deutlichkeit zeigt, wozu der Dreck dient, den die bürgerlichen Zeitungen Tag für Tag verbreiten. Vor keinen Lügen und Verdrehungen schrecken diese Leute zurück, wenn es darum geht, durch reaktionäre Hetztiraden zu verhindern, daß gerechte Kämpfe und Bewegungen im Volk sich weiter verbreiten und von immer mehr Menschen als solche erkannt und unterstützt werden.

Der "Kurier" ließ sich natürlich auch nicht lumpen und wußte folgendes zu berichten: "Durch Terrormethoden wird derzeit in Wien lernwilligen ausländischen Studenten der Besuch von Vorlesungen unmöglich gemacht. "

Die "Pressefreiheit", von der dieselben Figuren immer schwätzen, zeigt hier ihr wahres Gesicht: im Kapitalismus ist sie die unumschränkte Freiheit der reaktionären Bourgoispolitiker und der bezahlten Schreiberlinge der Kapitalisten, das Volk zu betrügen, es tagtäglich mit ihren reaktionären Ansichten vollzustopfen und zu verhetzen. Dabei münzen sie bedenkenlos wahr in falsch um, wenn es darum geht, eine fortschrittliche Bestrebung in den Schmutz zu ziehen.

Impressum: Eigentümer, Vervielfältiger, Herausgeber und Verleger: MARXISTISCH-LENINISTISCHE STUDENTENORGANISATION; für den Inhalt verantwortlich: Margarita Schneider, alle 1080 Wien, Mölkerg. 3

DER KAMPF DER AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN GEHT WEITER !!

Am Samstag beriet die reaktionäre Rektorenkonferenz die Lage im Vorstudienlehrgang (VSL). Die ÖH-Vertreter die die Forderungen der ausländischen Kollegen dort vorbrachten konnten gewisse Zugeständnisse erzielen: In diesem Semester wird der VSL weitergeführt, allerdings mußten die Rektoren der Reduzierung der Anzahl der Prüfungen und der Liberalisierung des Vorlesungsbetriebes zustimmen. Sie waren jedoch nicht bereit, fixe Zusagen zu machen oder gar über eine ensgültige Lösung zu diskutieren. Dafür richteten sie eine paritätische Kommission ein, in die sie auch Vertreter aus dem Streikkommittee aufnehmen mußten.

Alle diese Zugeständnisse waren aber sehr vage und die ausländischen Kollegen waren daher selbstverständlich nicht bereit, den Streik abzubrechen und die Kampfaktionen einzustellen. Am Mittwoch Abend wird eine Vollversammlung stattfinden, in der die Kollegen aus dem VSL endgültig über ihre unmittelbaren Forderungen entscheiden werden. Zugleich werden sie ihre Forderungen nach Abschaffung des VSL präzisieren. Sie werden auf jeden Fall die Beseitigung aller Institutionen und Prüfungen verlangen, die sie gegenüber den österr. Hörern benachteiligen und sie unter politischen Druck setzen!

So dauerte der Streik der ausländischen Kollegen auch noch am Montag an! Gerade deshalb versuchte die Direktion des VSL und die Polizei die ausländischen Kollegen weiter einzuschüchtern. Darüber hinaus wurden die Versuche sie von den inländischen Studenten abzuspalten immer zahlreicher, ja es wurde nicht davor zurückgeschreckt sie untereinander in Nationen-Gruppen aufzuspalten und gegeneinander auszuspielen. Alle diese Manöver der Reaktionäre endeten mit kläglichen Mißerfolgen!!

Am Montag morgen trat ein Professor des VSL vor die Streikenden und rief sie zum Unterricht auf. Die Streikenden verweigerten die Teilnahme am Unterricht. Niemand trat aus der Masse der Streikenden hervor! Niemand folgte dem Aufruf, sich dem VSL-Unterricht auszusetzen! Da forderte der Professor, einen Streikführer namhaft zu machen. Ein Kollege des Streikkommittees meldete sich, worauf auch schon ein geheimer Staatspolizist (Nr.339) den ausländischen Kollegen perlustrierte und festnahm! Diese offene Terrormaßnahme erregte die Empörung der Streikenden. Ihr Ergebnis für Direktion und Polizei war, daß die Streikenden sich noch enger zusammenschlossen und desto entschiedener die Teilnahme am "Unterricht" verweigerten! Die den ganzen Vormittag andauernden Provokationen vor allem der Nr.339 der Stapo gegen die streikenden Kollegen endeten in der Lächerlichkeit und konnten zurückgewiesen werden!!

Als ein ausländischer Kollege mit einem Radio im Arm auf und ab ging, versuchte der"Geheime"auch ihn zu provozieren indem er beanstandete, daß der Kollege keine Postanmeldung für sein Radion bei sich trug. Auf Grund der hervorragenden Disziplin der ausländischen Kollegen scheiterten alle Provokationen dieses Staatsbüttels und erlitten die ihnen zustehende Abfuhr!

./.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger u.f.d.Inhalt verantwortlich: Margarita Schneider, alle 1080 Wien, Mölkerg.3

Auch der Versuch eines eigens aus der Schweiz angereisten Kulturattachee des türkischen Staates, die türkischen Kollegen aus der Streikfront zu brechen, indem er ihnen versprach beim Direktor eine günstigere Stellung für sie zu erreichen, wenn sie den Streik abbrächen, wurde von den türkischen Kollegen, einstimmig abgelehnt. Von der Besprechung mit diesem Agenten eines anderen bürgerlichen Staates kehrten sie mit dem Kampfruf zurück: "Wir streiken weiter!!"

Am Montag vormittag haben wir praktisch erlebt wie die ausländischen Botschaften reaktionärer oder faschistischer Regimes mit den inländischen Behörden des bürgerlichen Staates, insbesondere der Polizei, Hand in Hand arbeiten, um fortschrittliche Bestrebungen zu unterdrücken! Mit von der Partie ist auch noch die Hochschulbürokratie und die Direktion des VSL. Das größenwahnsinnige Verhalten dieser Herrschaften von ÖAD und VSL zeigte sich in einem Interview, das ein Professor gab: Er behauptete, daß die ausländischen Kollegen bereits ab morgen (Dienstag) den Unterricht wieder aufnehmen würden, daß die Terrormaßnahmen ihr Ziel erreicht hätten. Demgegenüber betonen die ausländischen Kollegen, daß gerade die Provokationen die Kampffront gefestigt haben, der Wille sich zu wehren unerschütterlich ist!

Kolleginnen und Kollegen; auch wir dürfen jetzt in der Unterstützung der gerechten Forderungen der streikenden Kollegen nicht nachlassen. Auch wir müssen jetzt alle unsere Kräfte anspannen und immer mehr Kollegen um die Forderungen der Streikenden vereinen! Ende der Woche finden die entscheidenden Verhandlungen über das Schicksal des Vorstudienlehrgangs statt. Das Streikkomittee hat alle fortschrittlichen Organisationen zu einer machtvollen Kundgebung am FREITAG aufgerufen. Werden wir alle Agitatoren der Forderungen der ausländischen Kollegen!!

K U N D G E B U N G .

F R E I T A G - V O R M I T T A G

U N I A U L A / H O F

Fortsetzung von Seite 1

aktionäre Forderung war z.B. die Forderung nach Gratis-Netzkarten für die Studenten. Es ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet die Studenten die öffentlichen Verkehrsmittel umsonst benutzen sollen. Gegenwärtig, anläßlich der Mensapreiserhöhung verspritzen die Reaktionäre neuerlich ihr spalterisches Gift und blasen diese Frage zum entscheidenden Problem auf.

Die Mensen sind bisher stets als kapitalistische Profitunternehmen geführt worden. Die Mensapreiserhöhung ist Teil der allgemeinen kapitalistischen Teuerung, sie muß als solche bekämpft werden. Hier wieder eine Extrawurst für die Studenten zu fabrizieren, indem eine besondere staatliche Subventionierung gefordert wird, ist typisch für das reaktionär-bornierte Verhalten der "Studentenvertreter". Wir Kommunisten fordern keineswegs "soziale Mensapreise". Es ist falsch und schädlich, zu verlangen, daß ausgerechnet an die Studenten bevorzugt billiges Essen abgegeben wird. Wir fordern nicht die staatliche Subventionierung, sondern schlicht und einfach die Rücknahme auch dieser Preiserhöhungen. Die Mensaleiter kann man durch einen organisierten Boykott dazu zwingen, die Erhöhung rückgängig zu machen. Deshalb unterstützen wir auch den Boykott der Mensa und lehnen gleichzeitig entschieden das Spektakel ab, das die ÖH rund um ihn aufgezogen hat.

Es ist kein Wunder, daß die Reformisten vom VSStÖ und KSV eifrig mit dabei sind, wenn es darum geht, die staatliche Subventionierung der Mensa zu fordern. Ihre Politik läuft immer darauf hinaus, spezielle Forderungen für jede einzelne Schicht und Berufsgruppe aufzustellen, um nur ja zu verhindern, daß das Volk gemeinsam und einheitlich gegen die Verschlechterung seiner Lebenslage kämpft. Einen eher heiteren Akzent auf ihre sonst sehr triste Politik setzt die GRM mit ihrer Losung "Verstaatlichung der Mensen". Den berechtigten Vorwurf, damit treibe sie die Subventionierungsforderung des KSVSStÖ nur auf die absurde Spitze, weist sie entrüstet zurück. Sie stellt die Forderung angeblich deshalb auf, damit es später das Proletariat leichter haben werde, seine Kontrolle über die Versorgung der Massen auszuüben. Liebe Freunde von der GRM: Glaubt ihr allen Ernstes, daß ausgerechnet die Verstaatlichung der Mensa, einer rein studentischen Einrichtung, der Arbeiterklasse die Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgaben erleichtern wird? Warum fordert ihr dann nicht gleich noch die Verstaatlichung aller Gasthäuser, Cafes und Heurigenbetriebe, der Nachtlokale, Bordelle, Würstelstände und Praterschießbuden? Das Proletariat wird euch sicherlich dankbar dafür sein, daß ihr alle "alten Forderungen der Arbeiterbewegung" auf eure Fahnen schreibt!

Die zentrale Frage: Den Kampf um ausreichende Stipendien aufnehmen!

Wir kämpfen gegen die Mensapreiserhöhung, weil sie ein Teil der allgemeinen kapitalistischen Preistreiberei ist und der Kampf gegen diese besondere Preiserhöhung auf der Hochschule organisierbar ist. Gegen die Preistreiberei als solche allgemein kämpfen können wir jedoch nicht. Man kann nicht einen Boykott der Bäckereien in ganz Österreich organisieren, weil die Semmeln teurer geworden sind. Wenn wir uns gegen die Preistreiberei schützen wollen, müssen wir entschieden für eine ausreichende Erhöhung der Stipendien kämpfen und jedes Ablenkungsmanöver von dieser zentralen Frage unterbinden.

Wir dürfen jedoch nicht allein bei dieser Forderung stehenbleiben. Was bringen höhere Stipendien, wenn der bürgerliche Staat das Geld dafür den Werktätigen über die Lohnsteuer oder über indirekte Steuern aus den Taschen zieht? Ob die ärmeren Studenten so wie jetzt ein ungenügendes Stipendium beziehen und ihre Eltern ihnen monatlich beträchtliche Geldsummen aus dem schmalen Familienbudget zuschießen müssen, oder ob sie höhere Stipendien beziehen und ihren Eltern das Geld über verstärkte staatliche Steuerausplünderung abgenommen wird, das bleibt sich ziemlich gleich. Wir fordern: Diejenigen, die ein Interesse an den Hochschulen haben, die, die diese Ausbildung für ihre Profite brauchen, die sollen gefälligst auch voll die Kosten für diesen reaktionären Laden übernehmen!

Die Hochschulausbildung steht voll und ganz im Dienste des Kapitals. Nichts von den Ergebnissen der kapitalistischen Wissenschaft und Ausbildung in dieser Form ist für das Volk zu gebrauchen. An den Universitäten und Hochschulen züchten Bourgeoisie und Staat die Funktionäre und höchstqualifizierten Spezialisten heran, die sie brauchen, um ihr Räderwerk der Ausbeutung und Unterdrückung in Gang halten zu können. Das Volk hat zu dieser Institution nicht nur keinen allgemeinen Zugang, sondern die dort Studierenden werden im Sinne der reaktionären bürgerlichen Ideologie gerade zu Volksfeinden erzogen. Erst dann, wenn die Arbeiterklasse an der Spitze des Volkes die Macht übernommen und den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen hat, erst dann wird es möglich sein, die wissenschaftliche Ausbildung in den Dienste des Volkes zu stellen. Solange das aber nicht der Fall ist, solange lehnen wir jede Verantwortung, jede positive Mitarbeit entschieden ab. Solange werden wir erst recht entschieden ablehnen, daß diese Institution durch das Volk finanziert werden soll.

So verhalten wir uns aber nicht nur gegenüber den Kosten für das Hochschulwesen, so verhalten wir uns überhaupt gegenüber allen Ausgaben zur Finanzierung des bürgerlichen Staates. Der bürgerliche Staat ist nichts anderes als ein Instrument zur Unterdrückung und Niederhaltung des Volkes (Armee, Polizei, Bürokratie) sowie zu dessen zusätzlicher Ausplünderung (Steuern und Tarife). Wir fordern daher:

BESTREITUNG DER AUSGABEN FÜR DIE HOCHSCHULEN WIE ALLER ÖFFENTLICHEN AUSGABEN AUSSCHLIESSLICH AUS DER PROGRESSIVEN BESTEUERUNG VON EINKOMMEN, VERMÖGEN UND ERBSCHAFT! ABSCHAFFUNG ALLER INDIREKTEN STEUERN!

Durch diese Forderung unterscheiden wir uns fundamental sowohl von der Politik der offen reaktionären als auch der reformistischen Studentenorganisationen. KSV und VSStÖ überbieten sich gegenseitig mit konstruktiven und positiven Vorschlägen an den bürgerlichen Klassenstaat. Der Staat soll, laut KSV, endlich seine wahren Aufgaben erfüllen. Als ob er das nicht ohnehin schon gut genug täte! Die Reformisten schlagen sich mit dem "Problem" herum, ob und wieviel vom Heeresbudget abgezogen werden soll, um die reaktionäre Hochschulausbildung zu finanzieren. Für uns ist das kein Problem. Das sollen die Kapitalisten schön unter sich aushandeln, sehr lange werden sie das ohnehin nicht mehr können. Unser Ziel ist nicht eine andere Verteilung innerhalb eines ausbeuterischen Systems der Finanzierung öffentlicher Ausgaben, sondern die Beseitigung des Systems selbst. Darüber verlieren aber weder KSV noch VSStÖ nur ein Wort. Das, was wir bekämpfen, ist bereits die Voraussetzung ihrer bürgerlichen Politik. Es zeigt sich hier ganz eindeutig, daß die Reformisten die Steigbügelhalter und Wasserträger des Kapitals sind, die sich um die wirklichen Interessen der Massen einen Dreck scheren. Ihre positiven Änderungsvorschläge an die Regierung und unsere konsequent demokratischen Forderungen haben überhaupt nichts gemeinsames.

→

Der Unterschied zwischen unseren Forderungen und denen der Trotzkisten nach "Bezahlung der Stipendien aus den Unternehmerprofiten" ist wieder einmal nur ein scheinbar kleiner. Während die GRM großmäulig und sehr allgemein das Ziel proklamiert, geben wir konkret die Linie des Kampfes und die Maßnahmen an, die zur Erreichung dieses Zieles führen. Der Unterschied zwischen GRM und MLS ist genauso klein oder genauso groß wie der zwischen prahlerischer Phrasendrescherei und revolutionärer Realpolitik. Denn nur durch den Kampf gegen die Steuerausplünderung des Volkes können die Kapitalisten selbst zur Finanzierung der Kosten ihres Staates gezwungen werden. Besondere Wichtigkeit kommt dabei der Forderung nach Abschaffung aller indirekten Steuern zu, die die Steuerausplünderung vollkommen undurchsichtig und unkontrollierbar machen. Wir treten dafür ein, daß das Steuersystem offen und durchsichtig wird, damit die Arbeiterklasse sich besser gegen die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat wehren kann.

Welche Kampfschritte müssen wir setzen ?

Die Hörerversammlung der Philosophischen Fakultät vom 18.3.74 hat eine von der MLS eingebrachte Resolution (siehe Kasten) mit der richtig gestellten Forderung nach sofortiger Erhöhung der Stipendien mit überwältigender Mehrheit (bei ca. 600 Anwesenden nur 4 Gegenstimmen!) angenommen. Es stehen jedoch bis jetzt noch keineswegs alle oder auch nur eine Mehrheit der Studenten hinter diesen Forderungen. Wir müssen alle zu Agitatoren dieser Resolution in den Lehrveranstaltungen und Hörerversammlungen werden. Wir müssen in der nächsten Zeit mit möglichst vielen Studenten über diese Forderung sprechen und sie für unseren gerechten Kampf gewinnen. Wir müssen die ÖH-Bonzen durch verstärkten Druck zwingen, ihre spalterische Politik aufzugeben. In der breiten Propagierung dieser Forderungen liegt jetzt die Hauptaufgabe aller aktiven und fortschrittlichen Studenten bezüglich der materiellen Lage. Wir müssen alles daransetzen, den Unmut der Kollegen über die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen auf die Stufe einer organisierten, breiten Bewegung des Kampfes um ausreichende Stipendien zu heben, die zu einem Teil der allgemeinen Bewegung des Volkes gegen Ausplünderung und Verelendung werden muß.

RESOLUTION ZUR FORDERUNG NACH SOFORTIGER ERHÖHUNG DER STIPENDIEN

Angenommen mit 4 Gegenstimmen.

Um der ständigen Preistreiberei, der enormen Steigerung der Lebenshaltungskosten für das ganze Volk, von der auch breite Teile der Studenten betroffen sind, zu begegnen, um den materiellen Druck auf die Kollegen, die aus werktätigen Familien kommen, auszugleichen, fordern wir:

ERHÖHUNG DES HÖCHSTSTIPENDIUMS AUF EINEN BETRAG, DER DIE LEBENSNOTWENDIGEN AUSGABEN DECKT. MINDESTENS 3.000.-

ERHÖHUNG DER BEMESSUNGSGRUNDLAGE FÜR DAS HÖCHSTSTIPENDIUM AUF EINEN BETRAG, DER DEM DURCHSCHNITTSEINKOMMEN EINER ARBEITERFAMILIE ENTSPRICHT.

Um zu verhindern, daß durch die Stipendienvergabe zusätzlicher politischer Druck auf die Stipendienempfänger ausgeübt wird, lehnen wir jeden Leistungsnachweis, der über die Absolvierung einer bestimmten Anzahl von Semesterstunden hinausgeht, ab.

ABSCHAFFUNG DES NOTENDURCHSCHNITTS. KEINE BINDUNG DER STIPENDIENVERGABE AN DIE ZEITGERECHTE ERFÜLLUNG DES STUDIENPLANS.

EINFACHES ZUTEILUNGSVERFAHREN DER STIPENDIEN UNTER DER KONTROLLE VON GEWÄHLTEN VERTRETERN DER STUDENTEN!

Gegenüber dem besonderen Druck, dem die Ausländer, die in Österreich arbeiten oder ausgebildet werden, ausgesetzt sind, stellen wir die Forderung nach völliger rechtlicher Gleichstellung aller Ausländer. Wir fordern daher für die ausländischen Kollegen:

VOLLE EINBEZIEHUNG DER AUSLÄNDER IN DIE STAATLICHE AUSBILDUNGSFÖRDERUNG!

Bezahlen sollen die Kapitalisten, nicht die werktätige Bevölkerung!
Die Hochschule ist eine Sondereinrichtung der Bourgoisie, die ausschließlich zur Heranbildung der für die kapitalistische Profitproduktion und die Tätigkeit des bürgerlichen Staates notwendigen hochqualifizierten Agenten und wissenschaftlichen Spezialisten dient. Wie die gesamte Tätigkeit des Staates steht auch die Hochschule der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung als Mittel ihrer Unterdrückung feindlich gegenüber. Dagegen, daß die Bourgoisie die Kosten ihrer Herrschaft auf das ganze Volk abwälzt, erheben wir die Forderung:

ABSCHAFFUNG ALLER INDIREKTEN STEUERN! BESTREITUNG DER AUSGABEN FÜR DIE HOCHSCHULEN WIE ALLER ÖFFENTLICHEN AUSGABEN - SOWEIT DIESE DURCH STEUERN GEDECKT WERDEN - AUSSCHLIESSLICH AUS DER PROGRESSIVEN BESTEUERUNG VON EINKOMMEN, VERMÖGEN UND ERBSCHAFT!

RESOLUTION DER FAKULTÄTSHÖRER= VERSAMMLUNG ZU KAMBODSCHA

Die Hörerversammlung der Philosophischen Fakultät der Universität Wien solidarisiert sich mit dem heldenhaften Kampf des kambodschanischen Volkes gegen die amerikanische imperialistische Aggression, für Volksdemokratie und nationale Unabhängigkeit. Sie verurteilt das Marionettenregime der Phnom Penher Verräter, das die Volksmassen in Phnom Penh mit faschistischem Terror niederhält.

Wir fordern daher von der österreichischen Bundesregierung den sofortigen Abbruch aller Beziehungen zu dem Regime von Phnom Penh, das durch einen vom amerikanischen Geheimdienst CIA organisierten Staatsstreich im Jahre 1970 an die Macht gekommen ist und fordern weiters die Anerkennung der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas (G.R.U.N.K.), die 90% des Landes verwaltet, auf dem 80% der Bevölkerung leben und vom kambodschanischen Volk als einzig rechtmäßige Regierung betrachtet wird !

Wir fordern die österreichische Bundesregierung auf, sich für die volle Wiederherstellung der legitimen Rechte dieser Regierung in der UNO und für den Ausschluß der Vertreter des Regimes in Phnom Penh einzusetzen !

Wir verurteilen entschieden, daß die österreichische Delegation einen von Liberia im Interesse der USA eingebrachten Antrag während der UNO - Debatte über die Wiederherstellung der legitimen Rechte der G.R.U.N.K. Anfang Dezember letzten Jahres unterstützte, der die Vertagung der Debatte um ein Jahr vorsah und die weitere Okkupation des Sitzes Kambodschas durch das Regime von Phnom Penh bewirkte.

Das Phnom Penher Regime, das völlig vom amerikanischen Imperialismus abhängig ist, wird ganz gewiß unter den Schlägen der Volksstreitkräfte durch den Kampf der Volksmassen hinweggefegt werden, und es wird die Volksmacht im ganzen Land errichtet werden.

einstimmig

SOLIDARITÄT MIT DER ARBEITERKLASSE UND DEM VOLK CHILES

1. Der Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes von Chile gegen den Faschismus genießt die Sympathie und Unterstützung der Völker der Welt. Ein weltweiter Proteststurm erhob sich nach dem mit Hilfe des US-Imperialismus durchgeführten faschistischen Militärputsch. Die zahllosen Sympathiekundgebungen zeigen die Ausstrahlungskraft des Versuchs eines Volkes, den Imperialismus zu schlagen und den Sozialismus aufzubauen.

Auch in Österreich ist die Empörung über den faschistischen Terror und die Solidarität mit dem chilenischen Volk groß. Ihren bisher stärksten und kämpferischsten Ausdruck fand die Solidaritätsbewegung in der Wiener Demonstration am 18. September letzten Jahres mit 4000 Teilnehmern.

Das chilenische Volk hat nur eine Schlacht, nicht aber den Krieg verloren. Trotz des anhaltenden faschistischen Terrors erholt es sich von seiner Niederlage und beginnt sich neu zu formieren. Der Imperialismus ist heute zwar noch mächtig und der Sieg erfordert noch größte Anstrengungen und Opfer. Das chilenische Volk braucht weiterhin die internationale Unterstützung durch eine mächtige Solidaritätsbewegung. Die Ankunft eines neuen chilenischen Botschafters in Österreich Anfang April muß daher jedem fortschrittlichem Menschen ein Anlaß sein, um seine aktive Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes, seinen abgrundtiefen Haß gegen die faschistischen Folterknechte und ihren Auftraggebern, den US-Imperialisten und seine Empörung über die schändliche Haltung der österreichischen Bundesregierung zur Junta zu demonstrieren. Das zeigte sich auch auf der Hörerversammlung, die mit großer Mehrheit auf den Antrag der MLS folgende Resolution und einen Aufruf an alle Studenten beschloß:

"Die auf der Hörerversammlung der philosophischen Fakultät am 18. 3. 1974 versammelten Studenten nehmen das angekündigte Eintreffen des chilenischen Botschafters in Österreich zum Anlaß:

1. Um ihre Solidarität mit dem gerechten Kampf der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes zu bekunden.

2. Um ihren Protest gegen die faschistische Junta in Chile, die ein Handlanger des USA-Imperialismus ist, auszudrücken.

3. Um schärfstens gegen das Zusammenspiel der österreichischen Bundesregierung mit der faschistischen Junta zu protestieren.

Die anwesenden Studenten begrüßen die Bildung einer Aktionseinheit zum Zweck einer Demonstration Anfang April mit folgendem Inhalt:

NIEDER MIT DER JUNTA, NIEDER MIT DEM US-IMPERIALISMUS!

SCHLUSS MIT DEM FASCHISTISCHEN TERROR, FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Sie fordern alle Studenten auf, ihre Solidarität mit dem chilenischen Volk und ihren Protest gegen die Junta durch die Teilnahme an dieser Demonstration zu bekunden.

Sie fordern weiters die ÖH auf, diese Aktion und die Verteilung dieses Aufrufs auf der ganzen Universität als Flugblatt sowie durch weitere Maßnahmen zu unterstützen."

2. Die faschistische Junta hat das Land nach dem Putsch mit einer blutigen Terrorwelle überrollt. Alle demokratischen Freiheiten wurden abgeschafft, die Arbeiterklasse ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen beraubt, über 30.000 Menschen getötet, über 40.000 werden in Gefängnissen und Konzentrationslagern gefoltert.

Die standrechtlichen Erschießungen, die Deportierungen, Einkerkerungen und Folterungen gehen weiter. Nach Monaten systematischer Verhöre, Folterungen und Denunziationen ist es den Menschenschlächtern möglich eine zweite Terrorwelle zu lancieren; größer und systematischer als in den ersten Wochen, mit dem Ziel, alle politischen, organisatorischen, intellektuellen Fähigkeiten des Volkes auszulöschen, das Volk in politisch völlig unbewußte und willenlose Arbeitstiere zu verwandeln und jeden Widerstand zu vernichten.

Der "nationale Wiederaufbau" der Junta im Interesse des Imperialismus bedeutet für die Arbeiterklasse und das Volk Chiles ungeheuer verschärfte Ausbeutung, Zwangsarbeit und offen terroristische Unterdrückung. Das Heer der Arbeitslosen vermehrt sich drastisch; Lohnstopp und zehnfache Verteuerung der Lebenshaltungskosten haben hunderttausende Chilenen ins Elend getrieben und brotlos gemacht. Die chilenische Arbeiterklasse verfügt aber über zu große Kampferfahrungen und war auf dem Weg der Revolution zu weit vorangeschritten, als daß es sich mit der Niederlage einfach abfindet. Es ist deshalb der Junta trotz allem faschistischen Terror nicht gelungen, die Kampfentschlossenheit des Volks und die revolutionären Kräfte zu brechen, die Bewegungen und Organisationen der Massen vollständig zu zerschlagen. "Die chilenischen Arbeiter besitzen eine beinahe unerschöpfliche Reserve an Energie und an Kampfwillen. Die Repression bewirkt nichts anderes, als ihren Klassenhaß zu stärken." sagte ein Genosse der MIR in einem Interview.

Die Erfahrungen der chilenischen Arbeiterklasse in den letzten Jahren vor dem Putsch und die tragischen Ereignisse dann selbst haben dazu geführt, daß sie sich immer mehr von den reformistischen Illusionen der Unidad Popular freigemacht hat und zu immer klarerem Bewußtsein ihrer Aufgaben gekommen ist. Die Erfahrungen der chilenischen Arbeiterklasse zeigen den Weg zum Sturz des Faschismus und zur Revolution: nicht in den bürgerlichen Staatsapparat vertrauen, sondern gegen den bürgerlichen Staat sich selbständig zusammenschließen; nicht vor der Reaktion und dem Faschismus zurückweichen, sondern sich politisch, ideologisch und militärisch auf den unvermeidlichen Bürgerkrieg gegen die Reaktionäre, Kapitalisten und Großgrundbesitzer vorbereiten.

Das chilenische Volk beginnt heute nach den heldenhaften bewaffneten Widerstandskämpfen in den ersten Wochen nach dem Putsch und dem darauffolgenden Rückzug, wieder mit Arbeitskämpfen um wirtschaftliche Forderungen, mit politischen Kämpfen zur Rückerlangung der demokratischen Freiheiten und auch mit militärischen Operationen gegen die faschistische Junta. Diese Kämpfe tragen zur Reorganisation und Konsolidierung des Widerstandes bei. In den Fabriken, Schulen, Stadtteilen und auf dem Land konstituieren sich Widerstandskomitees gegen den Faschismus. Diese Kämpfe und der Aufbau dieser Komitees schaffen die Voraussetzungen für zukünftige Schlachten, für den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei, die an der Spitze der Klassenkämpfe steht und ihnen Ziel und Richtung gibt, für die Organisierung des beharrlichen revolutionären Volkskrieges und den Aufbau der Volksmacht.

Der Kampf des chilenischen Volks ist beispielgebend für die Völker Lateinamerikas und der ganzen Welt. Er ist Bestandteil der weltweiten Front des internationalen Proletariats und

FILMVERANSTALTUNG

Am Donnerstag den 28. 3 zeigen wir den neuen chinesischen Spielfilm in Farbe:

"FEUERROTE JAHRE"

NIG Hörsaal I 20h



Die von Dschao Si-hai geleitete Gruppe der Stahlarbeiter faßt den Entschluß, aus einheimischem Material einen Sonderstahl zu produzieren und die wirtschaftliche Blockade der modernen Revisionisten zu zerschlagen.

der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus, die ihm täglich und wöchentlich in den verschiedenen Teilen der Welt neue Schläge versetzen.
Es ist vor allem ein gewaltiger Ansporn für die Völker Lateinamerikas, deren Massenaktionen als Reaktion auf den Putsch in fast allen Ländern zugenommen haben. "In Chile kämpft Lateinamerika" sagen die chilenischen Genossen. Lateinamerika wird aber immer mehr zu einem der schwächsten Kettenglieder des Imperialismus.

Gegenwärtig verstärkt sich in allen Teilen der Welt der Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion. Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution - das ist zu einer unwiderstehlichen historischen Strömung geworden, die gegenwärtig immer deutlicher und mächtiger wird. Je mehr der Aufruhr in der Welt zunimmt und der Spielraum des Imperialismus eingeschränkt wird, umso mehr wird der Imperialismus zur Anwendung offener Gewalt gezwungen sein, bleibt der verfaulenden und sterbenden imperialistischen Bestie nichts übrig, als immer wilder um sich zu schlagen. Staatsstreiche und Putsche sind nur ein verzweifelter Versuch der Imperialisten, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und die Revolution zu verhindern. Die offene Gewalt der Imperialisten wird den weiteren Widerstand der Völker zur Folge haben. Auch wenn es einzelne Niederlagen in diesem Kampf geben wird, wenn der Imperialismus heute auch noch mächtig ist, so ist er doch langfristig dazu verdammt, in dieser historischen Schlacht unterzugehen.

3. Zwei Linien in der Solidaritätsbewegung.
Wenn wir den Kampf des chilenischen Volkes gegen den Faschismus konsequent unterstützen, dürfen wir uns nicht bloß auf die moralische Empörung über die Verbrechen der Junta und die Verdammung des Imperialismus beschränken. Wir müssen die Demonstration gegen den neuen chilenischen Botschafter als Repräsentanten der faschistischen Junta dafür benutzen, um uns aktiv und positiv mit den Zielen und Formen des Kampfs des chilensichen Volks und mit der richtigen Linie im chilenischen Widerstand zu solidarisieren. Die Parole "Solidarität mit der Arbeiterklasse und dem Volk Chiles" muß daher die Hauptparole sein.
Wie schon bei der Demonstration im September müssen wir alle reformistischen und kleinbürgerlichen Parolen die die Solidaritätsbewegung spalten und die konsequente Unterstützung sabotieren, zurückdrängen. Dies gilt auch für die Parole "Kein Vertreter der faschistischen Junta in Österreich, Abbruch der diplomatischen Beziehungen", die die Trotzkisten in ihrer Propaganda und auf ihrem Chile-Resolutionsantrag auf der Hörerversammlung der Phil. Fak. an die erste Stelle setzten. Diese Parole ist falsch und schädlich, denn sie geht nicht aus vom Kampf des chilenischen Volkes, den es in erster Linie konsequent zu unterstützen gilt, hervor.
Im Gegensatz z.B. zu Vietnam, Kambodscha oder Guinea-Bissao verfügt der chilenische Widerstand keineswegs schon über ausreichende Machtpositionen in Chile, die ihn dazu befähigen könnten, eine Gegenregierung zu bilden, hinter der das Volk steht. Das Land wird von der Junta beherrscht und nach außen repräsentiert, die alte Unidad Popular Regierung ist zerschlagen und keinem ist es bisher eingefallen, eine Exilregierung zu bilden und den Kampf um deren Anerkennung aufzunehmen.

Das chilenische Volk führt heute keinen Kampf auf der diplomatischen Ebene und kann ihn auch gar nicht führen, weil es über die unerläßlichen Voraussetzungen für einen solchen Kampf - starke politische und militärische Positionen - noch nicht verfügt. Jeder Versuch des chilenischen Widerstandes, den diplomatischen Kampf ohne diese Voraussetzungen zu beginnen, wäre bürgerliche Politik, weil getrennt von den Massen und daher notwendig auch zum Scheitern verurteilt. Weil dem aber so ist, können wir den Kampf des chilenischen Volkes heute auch nicht dadurch unterstützen, daß wir den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Junta fordern. Eine internationale Isolierung der chilenischen Faschisten wird erst und kann erst dann eintreten, wenn die chilenischen Faschisten national isoliert sein werden, d.h. wenn die Widerstandsbewegung wirklich das ganze Volk hinter sich haben wird und ihre Losung "Errichtung der Volksmacht im ganzen Land" sein wird. Heute die Junta international isolieren zu wollen, heißt nur Mißtrauen in die Kraft des chilenischen Volkes zu verbreiten, heißt die inneren Kräfte des chilenischen Volkes durch äußere diplomatische Manöver ersetzen zu wollen.

Gegen die Unterstützung der Junta durch die österreichische Bundesregierung können wir daher heute nicht die Forderung nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen aufstellen, wie wir es z.B. im Fall Kambodschas tun. Wir müssen jedoch jetzt direkt gegen die wirtschaftliche und politische Unterstützung der Junta durch die österreichische Bourgeoisie auftreten. Wir müssen aufzeigen, mit welcher Genugtuung die österreichische Bourgeoisie den chilenischen Putsch begrüßt hat, welche neuen ausbeuterischen Handelsbeziehungen dem Putsch gefolgt sind usw.

Nicht die Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen zu Chile, sondern die wirtschaftliche und politische Unterstützung der Junta durch Österreich müssen wir bekämpfen. Den Abbruch der diplomatischen Beziehungen können und müssen wir dann fordern, wenn wir positiv die Forderung entgegenstellen können: Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur revolutionären Volksmacht in Chile, wenn das chilenische Volk den Kampf auf der diplomatischen Ebene aufgenommen hat und es infolgedessen auch auf dieser Ebene unterstützt werden kann.

Auf der Hörerversammlung der Philosophischen Fakultät wurde der schädliche Resolutionsantrag der Trotzkisten mit Mehrheit abgelehnt und die richtige Linie in der Solidaritätsbewegung durchgesetzt.

SOLIDARITÄT MIT DEM CHILENISCHEN VOLK

DEMONSTRATION, TEACH-IN

1. APRILWOCHE

DISKUSSIONSVERANSTALTUNGEN FÜR SYMPATHISANTEN:

"GRUNDLAGEN DES LENINISMUS"

Jeden Donnerstag und Freitag 20h
im Lokal der MLS 108o Mölkerg. 3

